

■ AUS BERNER SICHT

Ein Badge für Herrn Mörgeli

VON DENNIS BÜHLER



Die Schlagzeile klang gut: «Abgewählter Mörgeli sichert sich Zutritt zum Bundeshaus», verkündete am Freitag zuerst der regionale

TV-Sender Tele M1. Der neu gewählte Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner wolle einen seiner zwei Badges dem abgewählten Zürcher Parteikollegen Christoph Mörgeli geben und ihm so auch in Zukunft Zutritt zur Wandelhalle verschaffen. Schliesslich, so Glarner, werde der «blitzgescheite Strategie» in der SVP weiterhin als Berater gebraucht.

Nach dem Rücktritt von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zwei Tage zuvor rang die Nachrichtenagentur SDA um Ideen – und nahm die brisante Information dankend auf. Danach überschlugen sich die News-Portale. «Mörgelis Comeback im Bundeshaus», titelte «tagesanzeiger.ch». «Mörgeli darf weiterhin ins Bundeshaus», schrieb die Konkurrenz von «20 Minuten». Und auch der Noch-SVP-Nationalrat spielte mit: «Ich freue mich sehr, das ist eine nette Geste», sagte er dem «Tages-Anzeiger». «Das gibt mir die Gelegenheit, mich hin und wieder mit Parlamentariern zu treffen.»

Offenbar wussten weder die beiden involvierten Politiker noch die Journalisten, was sie stundenlang fabrizierten: viel Lärm um nichts. Denn wie jeder freiwillig oder unfreiwillig aus dem Amt geschiedene Parlamentarier hat selbstverständlich auch Mörgeli lebenslang Zutritt zum Bundeshaus. Anders als die mit Badge ausgestatteten Lobbyisten, die beim Eingang einen Metalldetektor passieren müssen, können sie gar unkontrolliert eintreten. Ein Schelm, wer Glarner unterstellt, er fürchte sich derart vor Mörgeli, dass er diesen nur durchleuchtet im Bundeshaus begrüssen möchte.

Dennis Bühler ist Bundeshausredaktor der «Südschweiz».

■ SCHWEIZERHÖFLI

Von der Bundeswurst



VON MARC SCHWITTER

Am Stammtisch. Koni bestellt einen Imbiss. «Eine Wurst bitte, aber in der risikofreien Form – ohne Haut und ohne Füllung.»

Serviertochter Lisi verdreht die Augen. «Ich bring dir ein paar Salzstangen und Chips.»

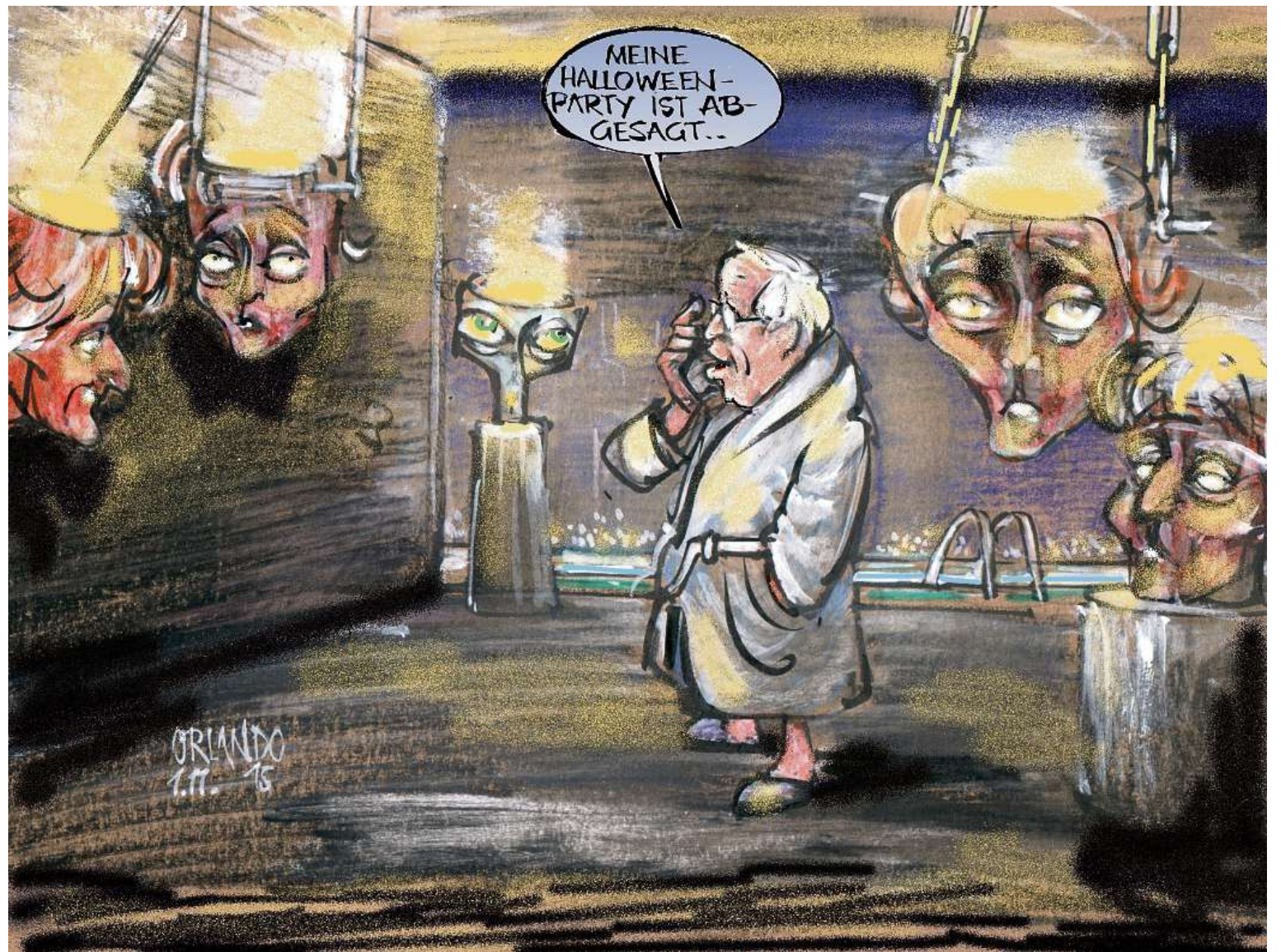
Peter schüttelt den Kopf. «Reitest du wieder auf der Welle der Lebensmittelskandale mit?» Koni: «Wenn die Weltgesundheitsorganisation warnt, muss man reagieren.» Peter: «Hast du gewusst? Wenn du gar nichts mehr isst, beträgt das Risiko zu verhungern 100 Prozent.» Koni schiebt sich die Chips in den Mund. Peter: «Und Chips sind übrigens auch gesundheitsgefährdend. Vor allem in den Mengen, die du zu dir nimmst.» Koni lacht. «An Kartoffeln ist noch niemand gestorben. Dagegen sind deine Bratwürste richtige Killer.» Peter: «Das kannst du doch nicht vergleichen. Würste sind bei der Schweizer Bevölkerung so beliebt, dass sie sogar einen Sitz im Bundesrat zugute hätten. Ich bin sicher: Nach dem Rücktritt von Eveline Widmer-Schlumpf packen sie ihre Chance.»

Koni nimmt noch eine Handvoll Chips. «Eine Wurst wäre tatsächlich keine schlechte Nachfolge. Sie hat ein linkes und ein rechtes Ende. Da kann jeder dort abbeissen, wo es ihm am besten schmeckt.» Peter: «Ein Wurst ist auch flexibel. Einmal drehen, zack – links und rechts sind vertauscht.»

Koni nickt. «Das nennt man dann Jositschen.» Peter: «Wenn ein rechtes Würstchen gewählt wird, müsste man noch einen Warnhinweis anbringen: Vorsicht! Enthält Konkordanz. Bei zu langer Lagerung im Bundesrat wächst die Gefahr eines EU-Beitritts.»

Marc Schwitter arbeitet unter anderem als Pointenschreiber für Giacobbo/Müller. www.textpingpong.ch.

■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



■ KOLUMNE VON GREGOR RUTZ

Sexberatung als Service public?

Seit der Abstimmung über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) am 14. Juni 2015 prägen medienpolitische Fragen immer häufiger die Schlagzeilen. Die Annahme besagter Gesetzesrevision erfolgte mit 50,08 Prozent nur äusserst knapp. Ein in der Geschichte der Schweizer Medienpolitik historisches Ereignis: Erstmals seit rund 30 Jahren hatten die Stimmbürger über eine medienpolitische Frage zu entscheiden. Und es zeigte sich, dass rund die Hälfte der Bevölkerung mit der bundesrätlichen Medienpolitik nicht einverstanden ist und eine breite, offene Diskussion über den Grundleistungsauftrag des Staates wünscht.

Bundesrätin Doris Leuthard versprach denn auch, bei der Diskussion über den Service public werde es «kein Tabu geben». Ebenso stellte Roger de Weck für die SRG in Aussicht, sie werde diese Debatte «offen, konstruktiv und änderungsbereit» führen – schliesslich sei sie «Auftragnehmerin und nicht Auftraggeberin». Die Gesprächsbereitschaft der Landesregierung scheint aber bereits wieder verflogen. So hielt Bundesrätin Leuthard bereits Ende August fest, dass sie derzeit nicht zur Diskussion bereit sei – sie wolle nicht «in diese Kakophonie» einsteigen.

So waren denn auch die Antworten der Landesregierung auf diverse parlamentarische Vorstösse wenig ermutigend. Eine Diskussion über das Budget der SRG bzw. die Höhe der Medienabgaben, wie sie SVP-Nationalrätin Natalie Rickli forderte, erachtet der Bundesrat «nicht als sinnvoll». Dies erschwere die Diskussion über die inhaltliche Definition des Service public. Dass das Parlament auf die Höhe der Empfangsgebühren Einfluss nehmen wolle, wie es GLP-Nationalrat Thomas Maier forderte, findet der Bundesrat «problematisch». Mit ähnlicher Begründung lehnt er einen Vorstoss von FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen ab: Es sei nicht möglich, beim Service-public-Bericht den Subsidiaritätsgrundsatz der Bundesverfassung verstärkt zu berücksichtigen und nur dort Aufträge an die SRG zu prüfen, wo kein entsprechendes Angebot privater Anbieter vorliege. Dies würde die Diskussion zu stark einengen.

Auch eine Diskussion über den Online-Auftritt der SRG möchte die Landesregierung vermeiden. Auch der Hinweis von CVP-Nationalrat Marco Romano vermochte die Uvek-Vorsteherin nicht zu überzeugen: Auch wenn es vielleicht bereits genügend private Online-Angebote gebe – die Angebote der SRG müssten «attraktiv, nutzergerecht und konkurrenzfähig» sein. Auch eine Frage des

Schreibenden nach einer passenderen Rechtsform für die SRG wurde als wenig relevant abgetan. Trotz Gebühreneinnahmen von 1,3 Milliarden Franken und einer regen privatwirtschaftlichen Tätigkeit soll die SRG weiterhin ein privatrechtlicher Verein sein, der nicht nach Gewinn strebt.

Während die Diskussion verweigert oder hinausgeschoben wird, zieht die SRG weiter ihre Fäden – unterstützt von Bundesrat und Bundesverwaltung. So kündigte die SRG an, zusammen mit Swisscom und Ringier eine neue Vermarktungsfirma für Werbeangebote zu gründen. Ein ordnungspolitisch und auch wettbewerbsrechtlich höchst problematisches Szenario, denn bei zwei der drei beteiligten Unternehmen handelt es sich um staatlich dominierte respektive finanzierte Institutionen, welche einen vom Staat festgelegten Auftrag zu erfüllen haben. Obwohl keinerlei Notwendigkeit besteht, dringen diese Staatsunternehmen in privatwirtschaftliche Bereiche ein und schaffen so unnötige Wettbewerbsverzerrungen.

Welche Auswirkungen solche Allianzen zeitigen können, zeigt der Entwurf zur Revision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV). Dort wird geregelt, wie Datenlieferungen aus dem Einwohnerregister an die Erhebungsstelle zu erfolgen haben. Wir erinnern uns: Erhebungsstelle für die Empfangsgebühren ist die Billag AG, eine Tochterfirma der Swisscom. Diese erhält nun neben dem Namen und der Wohnadresse der Gebührenpflichtigen auch noch spannende zusätzliche Informationen wie die AHV-Nummer, Zuzugs- und Wegzugsdaten usw. Leider vermischen wir die Voten von Konsumentenschutz und Datenschützer in diesem Zusammenhang gänzlich.

Dafür dürfen wir uns über einen umfangreichen Service public freuen. Unter dem Titel «Projekt Liebe» hat die SRG jüngst eine Dokumentationsreihe über das Sex- und Liebesleben der Schweizer in Angriff genommen. Der geneigte Leser fragt sich nun: Wie lange geht es noch, bis die Zeitschrift «Bravo» und die Sexberaterin des «Blicks» Anspruch auf Gebührensplitting erheben ...?



* Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung. Seit 2012 vertritt er die SVP im Nationalrat. Er ist Präsident der IG Freiheit und wohnt in Zürich.

■ TWEETS DER WOCHE

«Souverän, abgeklärt, selbstbewusst. Chapeau für diesen Auftritt von #EWS.» Die Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sagt Tschüss – und wie. Die Schweizer Moderatorin Mona Vetsch (@mona_vetsch) ist tief beeindruckt.

«Wurst ist krebserregend und beim Käse war da auch was mit der Rinde. Am gesündesten erscheint es mir zu verhungern! #Wurst-gate» Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) steigert der regelmässige Konsum von Wurst das Krebsrisiko. Patrick (@pa7rick3) zieht seinen Schluss draus.

«Wenn #Wurst krebserregend ist, ist dann auch Wurstsalat krebserregend? Falls ja, dann ist Salat auch krebserregend – oder?» Auch Toto (@totonator23) macht sich auch über die Warnung der WHO lustig.

«Bus verpasst. Marroni gekauft. Die ganze Packung einem Obdachlosen geschenkt, der neben dem Stand sass und laut 'mmmmh!' machte.» Ein feiner Zug von Goldvreneli (@froumeier). Sie lebt Nächstenliebe und Spontaneität vor.

«Spezielle Fähigkeiten, die man für ein Date mit dem Bachelor mitbringen muss: Abtauchen können. Ganz tief. Tiefer als das Niveau. #DerBachelor» Die TV-Sendung «Der Bachelor» – für Andrea Monica Hug (@andreamonicahug) ein Format zum Fremdschämen.

«Ein schönes, glückliches Leben basiert auf 1 Prozent Talent, 9 Prozent Anstrengung und 90 Prozent Glück, zufällig im richtigen Land geboren worden zu sein.» Grantscherms (@Grantscherms) Formel regt zum Nachdenken an. Der Zufall hat es gut gemeint mit uns ...